

Christian Rau: „Hungern für Bischofferode“

Deutungskampf um das Erbe von 1989

Von Isabel Fannrich-Lautenschläger

26.06.2023

Am 1. Juli 1993 traten Bergleute im thüringischen Bischofferode in einen Hungerstreik, um die Schließung des Kalibergwerks Thomas-Müntzer zu verhindern. Der Historiker Christian Rau untersucht den Verlauf der Ereignisse und nimmt die Treuhand-Anstalt aus der Sündenbock-Position, in die sie im Nachhinein geraten ist. Das Narrativ von der „Übernahme des Ostens“ wird der historischen Wirklichkeit demnach nicht gerecht.

Das Hungern der 40 Kali-Kumpel im thüringischen Bischofferode ist eng mit der Treuhandanstalt verbunden – jener Behörde, die nach 1990 über das Schicksal von mehr als 12.000 DDR-Betrieben entschied.

Wer im Buch von Christian Rau aber mit einem Rückblick der Betroffenen und dem gewohnten Treuhand-Bashing rechnet, dessen Erwartungen werden nicht erfüllt. Der Historiker hat stattdessen - längst überfällig – die Proteste und das politische Handeln beteiligter Akteure untersucht, in der Zeit von 1991 bis zur Schließung des Bergwerks Ende '93 – und noch darüber hinaus. Er betont,...

„...dass der Hungerstreik in ein wahnsinnig differenziertes und komplexes Geflecht von unterschiedlichen Interessen eingebettet war. Und dass wir eben auch diese Transformationszeit nicht nur verstehen können, indem wir darauf schauen, was ist nach 1989 passiert, sondern dass eben die Verflechtungen zwischen den beiden deutschen Staaten vor 1989 hier auch eine ganz wichtige Rolle dafür spielt, wie eigentlich die Transformation nach 1989 abgelaufen ist.“

Die besondere Stellung der Kaliwirtschaft

Deshalb geht es in dieser Bischofferöder Erzählung zunächst um die lange Geschichte der Kaliwirtschaft – vom ersten preußischen Syndikat in den 1870er Jahren über den Boom des „weißen Goldes“ vor der Weltwirtschaftskrise bis zum Strukturwandel in West- und Ostdeutschland nach 1945. Wie umstritten der Kalibergbau im katholischen Eichsfeld war, beleuchtet der Autor aufschlussreich in einem weiteren Kapitel.

Anders als in der Bundesrepublik waren in der DDR 1989 noch rund 30.000 Menschen in der Kali-Industrie beschäftigt, davon allein in Bischofferode 2.000. Dass die Bergleute in den von

Christian Rau

**Hungern für Bischofferode.
Protest und Politik in der
ostdeutschen
Transformation**

Campus Verlag

273 Seiten

29,00 Euro

Schließung bedrohten Betrieben des früheren Kombinats unabhängig voneinander streikten, veranlasst den Autor zu einer Reihe unbequemer Fragen:

„Wie hielten es die Bischofferöder selbst mit der Solidarität für ihre ostdeutschen Kollegen, deren Gruben bereits vor 1993 und gleichfalls nicht kampflös geschlossen wurden? Welche Rolle spielt die vergleichsweise privilegierte Position der Kalibergleute in der DDR für die Art und Weise, wie diese den Verlust ihrer Arbeitsplätze nach 1993 bewerte(te)n? Gab es vor Ort auch kritische Stimmen gegenüber den Protestaktionen der Bergmänner und einiger ihrer Ehefrauen und Kolleginnen? [...] Wie passt es ins Ost-West-Schema, dass auch auf westdeutscher Seite zwei Kaliwerke geschlossen und im Osten zwei Gruben erhalten wurden?“

Die Gewerkschaft stimmte für eine Fusion

Im Mittelpunkt des Buches steht die Mikrogeschichte des Streiks. Im langen Entscheidungsprozess um die Zukunft der Grube spielten die Gewerkschaften eine überraschend große Rolle: Die IG Bergbau und Energie trat bereits im Herbst 1991 mit der Treuhand dafür ein, dass die Mitteldeutsche Kali AG – als Nachfolgerin des DDR-Kombinats - mit der westdeutschen Kali & Salz unter dem Dach der BASF fusioniert.

Am zähen Ringen um den Standort in Bischofferode beteiligten sich schließlich außer den Unternehmensvorständen und Betriebsräten alle politischen Ebenen vom Bürgermeister bis zur Bundespolitik, aber auch das Bundeskartellamt und sogar die Europäische Gemeinschaft. Mittendrin vollzog die Thüringer Landesregierung unter Ministerpräsident Bernhard Vogel, die die Proteste bis zum Hungerstreik unterstützt hatte, eine Kehrtwende:

„Mit Beginn des Hungerstreiks hat sich dann der politische Druck auf die CDU-geführte Landesregierung erhöht. Es wurden dann auch Rücktrittsforderungen gegenüber Vogel laut, weil man diesen Hungerstreik vor allem auch als Erpressung gegenüber dem Staat wahrgenommen hat. Und das war dann der Punkt, ab dem dann Bernhard Vogel um die CDU-geführte Landesregierung ihre Strategie geändert hat und alles daransetzte, den Protest zu beenden und dann eben relativ schnell auch soziale Kompensation ausgehandelt hatte. Also Beschäftigungs-Garantien für drei Jahre nach der Schließung von Bischofferode.“

Wie ein Narrativ entsteht

Das Aus für die Thomas-Müntzer-Grube, das im Dezember 1993 kam und den Protest beendete, zeichnet Christian Rau stellenweise etwas zu detailliert nach. Er stützt sich auf bislang kaum bekannte Dokumente, so auch das Dienstagebuch des für den Kali-Bergbau zuständigen Treuhand-Direktors Klaus Schucht und bezieht klar Position. Die Fusion, so Rau, war wegen der weltweiten Kali-Krise vertretbar. Zwar wurde die Grube nicht an den westfälischen Unternehmer Johannes Peine verkauft, sondern geschlossen. Doch die Bergleute erhielten eine vergleichsweise hohe Abfindung, manche von ihnen nahmen das Angebot eines Ersatz-Arbeitsplatzes an.

„Solidarität, auch das zeigt Bischofferode, ist nicht voraussetzungslos und bedarf über symbolische Kommunikation hinaus mitunter auch komplizierter Aushandlungsprozesse. Dabei gelang es den verschiedenen Protestakteuren – neben den Kumpeln auch westdeutsche Linke, Gewerkschafter*innen, zeitweise Parlamentarier*innen und ehemalige

ostdeutsche Bürgerrechtler*innen – nicht, ihre häufig konträren Vorstellungen vom Verhältnis von Protest und Politik in der Demokratie zu überwinden.

Diese Unklarheit nutze nicht nur die AfD als Projektionsfläche für politische Botschaften. Auch die PDS habe schon damals aus den Protesten in Bischofferode ein Narrativ in ihrem Sinne geschaffen.

„...was auch erklärt, dass der Hungerstreik heute noch in den Diskursen der Linkspartei als ein positiver Erinnerungsort vorhanden ist und vor allem auch in der Inszenierung von Bodo Ramelow als Ministerpräsident in Thüringen eine ganz wichtige Rolle spielt. Also beispielsweise ist sein Büro quasi mit Devotionalien des Hungerstreiks geschmückt.“

„Bischofferode ist überall“: Die Protestformel aus dem Jahr 1993 hat in den ostdeutschen Bundesländern weder einen Flächenbrand ausgelöst noch wurde sie zum Vorläufer einer neuen Protestbewegung. Der Hungerstreik, so das Fazit, war nicht nur ein Arbeits- sondern auch ein Deutungskampf um das Erbe von 1989 und um die Demokratie – und er bildet keine scharfe Trennlinie zwischen Ost und West.